L-01-382 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Antragsteller*in: Dirk Jordanu.a. (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 382 bis 386:
Unter diesen drei allgemeinbildenden Oberschulformen enthält u.E. die Gemeinschaftsschule die meisten Potenziale, Schule von den Kindern und Jugendlichen her zu denken. Durch die konsequente Binnendifferenzierung sind die Gemeinschaftsschulen näher an individualisierten Lernformen als andere Schulen. Um die Möglichkeit zu schaffen, noch individueller auf jedes Kind eingehen zu können, wollen wir, dass Gemeinschaftsschulen auch nach der 8. Klasse von der Bewertung mittels Ziffernnoten abweichen können. Die Sekundarschulverordnung sollte entsprechend verändert werden.
Gemeinschaftsschulen zeigen wie erfolgreich der Gedanke des längeren gemeinsamen Lernens sein kann, aber auch wie anspruchsvoll diese Arbeit ist.Darum wollen wir die bestehenden Gemeinschaftsschulen darin unterstützen, noch besser zu werden und gleichzeitig daran arbeiten, dass noch mehr Gemeinschaftsschulen in Berlin entstehen. Da auch der Erfolg einer Gemeinschaftsschule mit dem Engagement und der Kompetenz des Kollegiums steht und fällt, wollen wir, dass die Senatsschulverwaltung zusammen mit der GEW eine umfassende Werbe- und Fortbildungskampagne starten, um für neue Gemeinschaftsschulen zusätzliche Lehrkräfte zu gewinnen.
Wir begrüßen es, dass mit der Neufassung des Schulgesetzes die Gemeinschaftsschule als Regelschule festgeschrieben wird –- dafür haben wir lange gekämpft. Damit haben alle Schulformen eine rechtlich gesicherte Basis, von der aus wir die Berliner Schulen weiter entwickeln wollen, damit an allen Schulen bessere Qualität möglich wird. Wir wollen, dass alle Gemeinschaftsschulen und Integrierten Sekundarschulen Wege zu allen Abschlüssen ermöglichen, gegebenenfalls auch durch Kooperationen. Außerdem wollen wir beim Neubau von Schulen darauf achten, dass künftig – wie im Koalitionsvertrag bereits verankert – vor allem Gemeinschaftsschulen, also Campuslösungen, geplant werden. Hierauf werden wir bei der Planung in den Bezirken achten.
Wir verkennen aber auch nicht, dass es auch unter den Gemeinschaftsschulen große Unterschiede gibt. Gute Schule muss in jedem Einzelfall, an jedem Standort immer wieder von neuem erarbeitet werden. Zahlreiche integrierte Schulen benötigten auch künftig verlässliche Unterstützung, um ihren Schulentwicklungsprozess voranzubringen. Strukturell sind durch das „Zwei-Säulen-Modell“ die Voraussetzung dafür geschaffen worden. Diese große Stärke des Berliner Schulsystems, dass allen Kindern in Berlin die Wege zu allen Abschlüssen offen stehen, wird seit Jahren von der Schulpolitik in Berlin sträflich vernachlässigt und obwohl nach der 10.Klasse mehr Schüler*innen in eine berufliche Schule gehen als auf eine gymnasiale Oberstufe, beherrscht die Frage nach dem Abitur weiterhin die öffentliche Debatte und die Schulpolitik.
Wir wollen diese Schieflage beenden und die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung stärken und auch nicht länger hinnehmen, dass in Berlin 9% der Schüler*innen die ISS oder Gemeinschaftsschulen ohne einen Abschluss verlassen. Die Schulen, die mit dieser Aufgabe besonders zu kämpfen haben, wollen wir massiv und gezielt in ihrer Entwicklung unterstützen. Dabei muss es neben allen innerschulischen Maßnahmen auch eine umfassende Einbettung der Schulen in eine soziale Stadtteilarbeit geben, in deren Mittelpunkt die Familien der Schüler*innen stehen.

Wir sind der Überzeugung: Wenn Schüler*innen länger gemeinsam lernen und der Weg zu allen Bildungsabschlüssen möglichst lange offen gehalten wird, trägt das zu guter individueller Förderung bei. Integrierte Schulen sind deshalb aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen die Schulformen der Zukunft. Sie leben den Gedanken des längeren gemeinsamen Lernens mit Erfolgam erfolgreichsten. Wir werden Eltern diesen Weg aber weiterhin nicht vorschreiben, sondern setzen darauf, durch positive

Anreize, Ermöglichen und Unterstützen neuer und bestehender integrativer Schulformen, mehr Menschen von diesem Konzept zu überzeugen. Gleichzeitig richten wir unsere Politik darauf aus, längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder zu erreichen.
Schon heute achten Eltern weniger auf die Bezeichnung der Schulform als darauf, ob sie glauben, in der angewählten Schule einen guten fachlichen Unterricht, ein positives Schulklima und ein soziales und diskriminierungsfreies Miteinander zu finden. Durch Stärkung der integrierten Schulen kann schrittweise das Dilemma einer auf wenige Schulen konzentrierten Übernachfrage beim Wechsel auf die Oberschule überwunden werden.

Begründung

Begründung: Mit diesen Formulierungen soll die Anerkennung der Leistung der Gemeinschaftsschulen zum Ausdruck kommen, aber zugleich auch deutlich werden, dass allein die Schulart noch kein Garant für Qualität ist und welche pädagogische Konzept die jeweiligen integrierten Schulen nutzen, wir nicht vorschreiben werden. Dass es Gemeinschaftsschulen mit Abgängerzahlen ohne Abschluss von 20% und mehr gibt und auch Gemeinschaftsschulen zu dem Sonderprogramm des Senats für „failed schools“ gehören, muss uns bewusst sein und verbietet eine alleinige Betonung nur dieser Schulform.

Antragssteller*innen:
Claire Daniel (KV Stegl-Zehl), Frank Dittrich, Mark Haueser (KV Stegl-Zehl), Maik Hoffmann(LAG Bildung), Dirk Jordan (LAG Bildung), Mathias Kraatz(KV Pankow), Hans-Jürgen Kuhn (KV Tempel-Schön), Christa Markel-Vieto(KV Stegl-Zehl), Heiner von Marschall (KV Reinickendorf), Detlef Meyer zu Heringsdorf(KV Stegl-Zehl), Stefanie Remlinger (KV Pankow), Pit Rulff(LAG Bildung), Ramona Rumsch (KV Pankow), Sonja Schreiner (KV Stegl-Zehl), Regina Stolzenberg (KV Charl-Wilm), Sybille Volkholz (LAG Bildung), Susanne Zissel(KV Spandau)

Streichungen Zeile 387 - 412 in getrennten Anträge, weil das System es nicht anders annahm.